

2008-09-25

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.08.2008

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr
Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Behindertenbeauftragter

Siebert, Erhard

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wurde durch den stellv. Ausschussvorsitzenden, Herrn Gebhardt, eröffnet. Aufgrund einer Termindoppelung konnte der Ausschussvorsitzende, Herr Dreibrodt, nicht an der Sitzung teilnehmen.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

2. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die form- und fristgerechte Ladung der Ausschussmitglieder wurde festgestellt.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 10.06.2008

Herr Puttkammer bemerkte zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 10.06.2008, dass er um Erläuterung der beiden Anhänge des Pro-

tokolls bittet. Er konnte anhand der Tabellen, die durch das Jobcenter SGB II Dessau-Roßlau erstellt wurden, nicht das Anwachsen der Klientel durch Jugendliche bzw. den altersmäßigen Ausstieg durch das Erreichen des Rentenalters erkennen. Dies war aber genau seine Fragestellung gewesen.

Frau Erxleben versprach Klärung zum nächsten Ausschuss.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 10. Juni 2008 wurde mit einer Stimmenthaltung bestätigt.

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 10. Juni 2008 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

6. Beschlussfassungen

6.1. Hilfe zur Familienplanung (§ 49 SGB XII) Kostenübernahme für empfängnisverhütende Mittel für über 20-jährige behinderte sozialhilfebedürftige Frauen nach dem SGB XII Vorlage: DR/BV/257/2008/V-50

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitglieder vor.

Frau Paesold erläuterte zur Vorlage:

Die Beschlussvorlage wurde eingebracht aufgrund der Ungleichbehandlung zur Kostenübernahme von empfängnisverhütenden Mitteln für junge behinderte Frauen durch den überörtlichen und durch den örtlichen Sozialhilfeträger. Für stationär untergebrachte junge Frauen werden die Kosten für die Empfängnisverhütung durch den überörtlichen Träger übernommen.

Junge behinderte Frauen, die eigenständig oder noch im Haushalt der Eltern wohnen können, erhalten Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII durch den örtlichen Sozialhilfeträger und eine Kostenübernahme war bisher nicht vorgesehen. Auf die nicht hinnehmbare Rechtslage wird der Oberbürgermeister der Stadt Dessau den Deutschen Städtetag und das zuständige Ministerium hinweisen.

Nach den derzeitigen Erhebungen durch das Sozialamt werden ca. 70 Frauen den Antrag auf Kostenübernahme nach Inkrafttreten der Richtlinie stellen können.

Herr Puttkammer fragte an, was unter der Formulierung „junge Frauen“ zu verstehen ist.

Frau Paesold korrigierte diese Bezeichnung; richtig muss es heißen „über 20-jährige Frauen“.

Beschlussfassung:

Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Dessau-Roßlau als örtlicher Träger der Sozialhilfe zusätzliche freiwillige Leistungen für die Kosten ärztlich verordneter empfängnisverhütender Mittel im Sinne des § 49 SGB XII für behinderte sozialhilfebedürftige Frauen, die das 20. Lebensjahr bereits vollendet haben, übernimmt.

Das Sozialamt wird in diesem Zusammenhang beauftragt, auf die für die Stadt Dessau-Roßlau nicht hinnehmbare Rechtslage hinzuweisen und über die entsprechenden Gremien eine Korrektur der geltenden Rechtsvorschriften durch den Gesetzgeber dahingehend einzufordern, dass eine Kostenübernahme rechtlich geregelt wird.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

7. Information zur Fortschreibung der Richtlinie Kosten der Unterkunft zum 01.01.2009

Zum TOP führte Frau Paesold anhand einer Power-Point-Präsentation aus:

Entsprechend der Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Kosten für die Unterkunft und Heizung und aus den Erfahrungen des letzten Geltungszeitraums der Richtlinie ist die Verwaltung berichtspflichtig gegenüber den Stadträten zum 30.06., sollten die Höchstbeträge der Richtlinie überprüft werden und gleichzeitig zu Handlungsschwerpunkten, z. B. Härterege lung, berichtet werden.

Zu den Höchstbeträgen erfolgte die Überprüfung; es ist keine Änderung der Richtlinie zum 30.06.2008 erforderlich. Zu einzelnen Schwerpunkten, u. a. Urteil zu Warmwasser, wurden Arbeitshinweise erlassen.

Die durch Frau Paesold dargestellte Übersicht wird als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Herr Dr. Plettner zeigte sich überrascht über die genannten Zahlen, er hatte vermutet, dass die Kosten gestiegen seien.

Herr Puttkammer:

Die Senkung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften konnte festgestellt werden, welches sind die Gründe?

Frau Paesold:

Die Abgänge bei den Bedarfsgemeinschaften wurden nicht im Einzelnen analysiert. Es gibt das Überwachsen in eine andere Leistung, es gibt Arbeitsaufnahmen, es gibt Wegzug, es gibt aber auch den Abgang durch Tod. Wir könnten diese Abgänge noch näher erläutern.

Herr Puttkammer:

Die Abgänge zeigen auch unsere gute Arbeit auf.

Frau Andrich:

Es gibt Räume, die nicht zur Wohnfläche gehören. Wie wollen wir zukünftig damit umgehen?

Frau Paesold:

Der Arbeitskreis des Bundes zur Standardisierung von Höchstbeträgen der einzelnen Mietbestandteile und einer angemessenen Wohngröße wird sich sicherlich an die 2. Berechnungsverordnung (Wohnflächen) anlehnen.

Frau Andrich:

Wie viele Anträge auf Darlehen für Nachzahlung von Energiekosten bzw. Kosten der Fernwärme liegen bei der DVV vor?

Frau Paesold:

Die Anregung wird aufgenommen und es wird versucht, die Anzahl zu ermitteln. Es wird darüber Bericht erstattet.

Frau Andrich stellte noch eine Frage zum Wohngeld anhand eines konkreten Beispiels.

Frau Paesold:

Der Gesetzgeber hat eine klare Regelung getroffen. Das Wohngeld hat ganz klar Vorrang vor anderen Leistungen.

8. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beigeordneten

Herr Scholz informierte zur Woche der Senioren. Die Eröffnungsveranstaltung findet am 30. 08.2008 im Anhaltischen Landestheater statt, die Veranstaltung ist bereits ausverkauft. Herr Scholz äußerte die Bitte an die politischen Vertreter, aktiv an den zahlreichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Herr Puttkammer wurde von Sozialverbänden angesprochen, die Probleme haben mit Maßnahmen für den 2. Arbeitsmarkt.

Herr Dr. Raschpichler:

Diese Vereine sollten ihre Probleme in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorstellen. Es ist außerdem beabsichtigt, eine Trägerkonferenz gemeinsam mit dem Jobcenter, der IHK und den beteiligten Trägern durchzuführen.

Herr Dr. Plettner:

Aufgrund eines Notrufes vom Obdachlosenheim war ich gemeinsam mit der Stadträtin Frau Griebisch vor Ort im Obdachlosenheim. Herr Dr. Raschpichler kam zum Termin auch dazu. Vorschlag: Eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales im Rosenhof stattfinden zu lassen, um sich die Probleme der Einrichtung vor Ort anzuhören bzw. Objekt zu sehen.

Herr Dr. Raschpichler:

Das ist eine gute Idee. Derzeit erfolgt eine Prüfung der Einrichtung. Nach Analyse der Probleme wird eine Information an den Ausschuss erfolgen und danach kann eine kleine Besuchskommission die Einrichtung besuchen. Von einem Sitzungstermin des Ausschusses vor Ort bitte ich abzusehen, denn dies ist ein sehr sensibler Bereich.

Frau Stoebe:

Seit dem 18. Juni liegt dem OB ein Schreiben des Vereins Springmaus e. V. vor, in dem die Probleme, die der Verein mit der Turnhalle Ringstraße hat, schildert. Der Verein möchte eine andere Turnhalle, konkret die in der Schaftrift, nutzen. Bisher liegt dem Verein noch keine Antwort vor und auch kein Ergebnis. Der Verein möchte dieses Problem öffentlich machen und um Hilfe bitten.

Dr. Raschpichler:

Das Anliegen ist bekannt. Derzeit wird die Sportstättenkonzeption überarbeitet, die Kapazitäten werden überprüft. Ich gehe davon aus, dass in den nächsten Tagen eine Antwort gegeben werden kann.

Herr Trocha bat um Unterstützung einer jungen Familie mit Kleinkind. Der Vater ist Hartz-IV-Empfänger. Das Kind hat eine Ernährungsstörung. Wer kann helfen bei der Finanzierung der besonderen Ernährung?

Herr Dr. Raschpichler:

Diese gesonderten Fälle bitte im Sozialamt bzw. Gesundheitsamt besprechen.

Frau Andrich:

Frage zum Vorgang „Barcelona“. Können wir in der nächsten Zeit mit der Antragstellung rechnen?

Herr Dr. Raschpichler:

In Kürze wird eine Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit aufnehmen, konkrete Untersuchungen zum Aufstellen einer Konzeption werden erfolgen.

Frau Griebisch:

Warum erhalten die Selbsthilfegruppen ihren Zuschuss so spät?

Frau Paesold:

Die Zahlung der Zuschüsse erfolgt immer in Abhängigkeit der Freigabe der Haushaltsmittel.

In der nächsten Ausschusssitzung soll die überarbeitete Richtlinie Freie Wohlfahrt beraten werden, darin werden Modalitäten zur Gewährung von Zuschüssen an Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen benannt.

Frau Stoebe bat um nähere Informationen zur Tafel.

Herr Dr. Raschpichler:

Das Thema Heizung im Objekt der Tafel ist bekannt; derzeit bestehen Kontakte mit potenziellen Sponsoren. Wir gehen davon aus, dass eine Lösung gefunden wird.

Herr Dr. Raschpichler informierte zu verschiedenen Angelegenheiten:

- Mit der Beschlussvorlage DR/BV/199/2008/Linke hatte die Stadt Dessau-Roßlau beschlossen, für sozial bedürftige Kinder anlässlich der Einschulung 2008 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 50,00 EUR auszureichen. Mit Stand 15.08.2008 lagen dem Sozialamt 125 Anträge vor, davon wurden bisher 69 abschließend bearbeitet.

- Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Modellprojekt „Aktiv im Alter“
- Kommunal-Kombi:
Eine Maßnahme mit 8 Teilnehmern beginnt am 01.09.2008; für den Beginn ab 01.10.2008 sind weitere drei Maßnahmen vorgesehen.
- Projekt Soziale Stadt: Derzeit intensive Moderationsphase; Frage des Leitbildes wird einbezogen. Im Rahmen der Diskussion „Soziale Stadt“ wollen wir auch die Möglichkeiten, die der Sozialpass bietet, auf den Prüfstand stellen. Gibt es Möglichkeiten, den Besitzern des Sozialpasses aktivierende Hilfe anzubieten?
- Die Stadt Dessau-Roßlau und auch das Jobcenter SGB II Dessau-Roßlau sind sehr aktiv dabei, die Bedarfsgemeinschaften der KommBa reibungslos überzuleiten.
- Zum Leitbild der Stadt gehörte auch das Thema „Gesunde Stadt“. Der Beitritt der Stadt Dessau-Roßlau zum Netzwerk Gesunde Städte wird vorbereitet. In der Stadt sind zwei Gesundheitskonferenzen in Vorbereitung.
Am 04. Juni 2008 erhielt das Land Sachsen-Anhalt den Zuschlag zur Fortführung des Projektes „Gesundheitsregionen der Zukunft (TRANSAGE)“. Die Stadt Dessau-Roßlau könnte diesem Projekt noch beitreten.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den stellv. Ausschussvorsitzenden geschlossen.

Dessau-Roßlau, 25.09.08

Hans-Peter Dreibrod
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer